

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1910**

84 (15.4.1910) 1. Blatt

# Badischer Beobachter.

## Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: Zu Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2,70. In der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Nr. 325, durch den Briefträger ins Haus gebracht, Nr. 367 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

**Fernsprecher**  
Nr. 535.

**Beilagen:**  
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „**Sterne und Blumen**“.  
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „**Plätter für den Familientisch**“.

**Fernsprecher**  
Nr. 535.

Anzeigen: Die sechsspaltige Zeitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamen 60 Pfg. Solange nicht anders angegeben, wird die erste Zeile in der ersten Spalte und die zweite Zeile in der zweiten Spalte abgerechnet. Anzeigen-Vermittlungsgeld an der Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Kessel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: A. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Reklamen: Hermann Wahler in Karlsruhe.

### Die Anstiebsdenkschrift über die Diamantenfrage

Es nunmehr dem Reichstage zugegangen. In dem umfangreichen Werke geht es dem Kolonialstaatssekretär deutlich schlecht. Der Staatssekretär hat von der hohen Kriminalität im Diamantengebiet gesprochen; dem gegenüber wird festgestellt, daß keine einzige Gewalttat dort vorgekommen ist, was ein ungewöhnliches hohes Lob für unsere Anstiebsler bedeutet. Herr Dernburg hat gesagt, die südafrikanischen Gemeinden stellen fast ausnahmslos keine Haushaltungspläne auf, und die Siedler seien für konstante Aufgaben, vor allem Bildung einer Weinanbaukultur, trotz ihrer großen Ansprüche nicht zu haben; durch amtliche Belege wird in der Denkschrift die völlige Unrichtigkeit beider Behauptungen nachgewiesen. Bekanntlich hat ferner der Herr Staatssekretär über den Bergbau in Südafrika eine ziemlich deutlich verdächtige Meinung geäußert; durch klare und ehrenvolle amtliche Zeugnisse wird jeder Verdacht in der fraglichen Angelegenheit gestrichelt. Erwähnt sei dabei die Behauptung der Denkschrift, daß der Staatssekretär seine Angaben von interessierter Seite erhalten haben müsse; ferner, daß diese zum Teil recht peinlichen Irrtümern verfallen worden wären, wenn der Herr Staatssekretär sich rechtzeitig an ausländische Schutzgebietsstellen informiert hätte. Am deutlichsten springt aber das „zweierteil Maß“ wohl in die Augen, wenn man den Vorkommnissen des Kolonialamtes über die Verdienste der verschiedenen Interessenten über die Diamantengewinnung die Feststellung der Anstiebsdenkschrift entgegenhält. Staatssekretär Dernburg hat die Tätigkeit der Anstiebsler hierbei bekanntlich mit der Verheißung gloriert, es sei nur nötig gewesen, einen Schürfschein für 60 Mark zu lösen, einen Pfahl zu schlagen, darauf den Namen Meyer zu schreiben und dann in Lüderbüsch eine Gesellschaft zu gründen; das ist die Methode, die er verlegt haben sollte. Die Tätigkeit und die Unternehmungen der Berliner Gesellschaften dagegen wurde der Staatssekretär kaum genug zu rühmen. Die Wahrheit liegt entgegengekehrt aus: Die Lüderbüschler haben unter Mühen und Entbehrungen das Vorkommen der Diamanten festgestellt und das ganze Gebiet dem Abbau erschlossen. Sie haben über eine Million eigenen Kapital auf diese Arbeit verwendet. Was aber ist das Großkapital? Als die ersten „Diamantensucher“ der Bahmmeister Staud und der Oberingenieur Nissen bereits einen Teil Geld aufgewendet hatten, und sich um ganze 40.000 Mark an die Berliner Handelsgesellschaft wandten, erfolgte telegraphisch die lautmächtige Antwort: „Abgelehnt.“ Unentschieden haben dann die genannten die Berliner Handelsgesellschaft an der von ihnen begründeten Koolmanloop-Gesellschaft mit zwei Pfänzen beteiligt, was diese sich gern gefallen ließ. Als die V. aber von der R. G. im Herbst 1908 wieder um Geld angegangen wurde, hat sie von neuem abgelehnt, und nach damals — nach der Sperre! — von den Anstiebslern eine Geldvorschüsse für eine Beteiligung an den Erschließungsarbeiten verlangt. Das war der Weichboden der Sachkenntnis des heimischen Großkapitals! Das südafrikanische Minenpatent ferner, das zur Zeit in den Händen der Berliner Handelsgesellschaft liegt, aber von den Anstiebslern hinausgeschickt, diese „Sachkundigen“ aber haben in 9 Monaten nichts geleistet, während die Lüderbüschler, von denen der Herr Staatssekretär so weisend sprach, inzwischen den märchenhaften Reichtum erschlossen.

Diese Feststellungen sind für die kühnen Behauptungen Dernburgs einfach vernichtend und von einem solchen

Gegenschlag kann er sich nicht mehr erheben. Die Petition schließt mit den Worten: „Für das Land, das wir lieb gewonnen haben, bitten wir daher, der Reichstag wolle dahin wirken, daß 1. das zurzeit bestehende Sonderrecht zugunsten der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südafrika über den 1. April 1911 hinaus, sei es zugunsten derselben oder einer anderen Gesellschaft, nur unter solchen Bedingungen verlängert wird, die eine angemessene Gegenleistung zugunsten des Fiskus des Schutzgebietes vorsehen; 2. daß neue Sonderrechte nicht mehr verliehen werden, es sei denn zugunsten des Fiskus des Schutzgebietes; 3. daß Landkonzeptionen nicht mehr verliehen oder im Wege des Vertrages bestätigt werden, daß vielmehr die von Landgesellschaften zu Unrecht erhobenen Ansprüche auf Land — und Verwertungsgerechtfame, wie die der Kolonialgesellschaft auf das Gebiet zwischen dem 26. Grad und dem Äquator unter Verletzung der Gesellschaft auf den Prozessweg zurückgewiesen werden; 4. daß die durch Verordnungen des Staatssekretärs des Reichskolonialamts vom 26. Februar 1909 verfügte Steuererhöhung für diejenigen Gebiete und inwieweit aufgehoben wird, als ihre Erträge an die Deutsche Kolonialgesellschaft für Südafrika abzuführen sind; 5. daß den Förderern die Möglichkeit gegeben wird, eine wirksame Kontrolle über die Verwertung ihres Eigentums durch die Regierungsgesellschaft auszuüben; 6. daß der Rechtvertrag über den südafrikanischen Diamantenfeldbesitz, wenn möglich aufgehoben und durch ein die Interessen des Staates besser berücksichtigendes Abkommen ersetzt wird; 7. daß jede Stellungnahme des Reichskolonialamts in privatrechtlichen Angelegenheiten zugunsten einer bestimmten Partei und jeder Eingriff in Privatrechte künftig vermieden wird; 8. daß sämtliche Verträge, durch welche das Schutzgebiet finanziell belastet wird, z. B. Eisenbahn-Kaufverträge und Abkommen mit den verschiedenen Gesellschaften, welche in Berlin abgeschlossen worden sind, dem Kaiserlichen Gouvernement und dem Landesrat vorgelegt werden, um bei Änderungen wenigstens gutachtlich vorher zu hören.“ Es kann gar nicht ausbleiben, daß der Reichstag diese Petition zur Berücksichtigung überweisen wird; dazu ist er schon verpflichtet, weil er auf Grund der falschen amtlichen Informationen früher eine einseitige Stellungnahme genommen hat.

### Deutscher Reichstag.

63. Sitzung.  
Berlin, 14. April 1910.

Beginn der Sitzung 12 Uhr.  
Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Bassermann und Genossen betreffend das Eisenbahngesetz des Reiches am Rhein. Auf Verlangen erklärt

Interpellationsminister Richter vom Reichsamt des Innern, der Herr Reichsanwalt sei bereit, die Interpellation in der zweiten Hälfte der nächsten Woche zu beantworten. Damit scheitert die Interpellation für heute aus und das Haus geht die erste Lesung der Gesetzentwürfe betreffend die Zuständigkeit des Reichsgerichts und betreffend Veränderung der Rechtsanwaltsordnung fort.

Abg. Heine (natl.): Daß der Verfall der Entscheidung beim Reichsgericht abgehoben werden muß, darüber herrscht Einmütigkeit. Es bleibt daher meines Erachtens nur die Verminderung des Arbeitsstoffes des Reichsgerichtes übrig. Ein Verzicht auf mündliche Verhandlung, wie es die Vorlage für den Fall vorschlägt, daß das Gericht einstimmig die Revision für unbegründet erachtet (§ 564 c), erfindet mich allerdings nicht angänzlich. Gerade auf die mündliche Verhandlung in der Revisions-

instanz muß das größte Gewicht gelegt werden. Schwere Bedenken erheben sich auch gegen das vorgeschlagene Differenzsprinzip. In der vorerwähnten Form kann es keinesfalls angenommen werden. Es müssen mindestens gegen diese Entscheidung einer einseitigen Rechtsentscheidung Komiteen in der Kommission geschaffen werden.

Abg. Stadthagen (Soz.) erblickt ebenfalls in der Vorlage und speziell in dem Auspruch der Revisionsinstanz bei langem Urteil eine schwere Gefährdung der einheitlichen Rechtsprechung. Die Vorlage bedeutet geradezu eine Verletzung der Rechtsprechung.

Abg. Farenhorst (Rp.): Die Notwendigkeit dieser Vorlage erkennen wir an. Meine Freunde sind bereit, daran mitzuarbeiten, damit noch in dieser Session etwas zustande kommt. Aber das Differenzsprinzip ist doch nicht unbedenklich. Es müssen wenigstens noch besondere Maßnahmen getroffen werden, um die Bedenken abzuschwächen.

Abg. Kallmann (w. Rp.): Wenn sich die Regierung gegen eine Vermehrung der Senate wehrt, so stimme ich ihr darin zu. Man darf den Reichsgerichtshof nicht zu groß werden lassen. Unverständlich ist es mir, weshalb nicht der Gedanke einer Senatsbefegung von 7 auf 8 Richtern weiter verfolgt worden ist. Gegen das Differenzsprinzip hat ja die Regierung selber, wie sie offen erklärt, starke Bedenken und tatsächlich sind diese Bedenken so stark, daß nicht nur eine genaue Prüfung notwendig ist, sondern daß es die einzelnen Parteien werden überlegen müssen, ob dieser Weg überhaupt betreten werden kann.

Abg. Sarda (Rp.): Gerade eine systematische politische unterdrückte Bevölkerung, wie die Polen in Preußen es sind, hat das größte Interesse daran, daß das Reichsgericht als höchste Gerichtsinstanz instand ist, seine Aufgaben zu erfüllen. Der Gesetzgeber ist in allen seinen Teilen unannehmbar. Für das Differenzsprinzip sind wir in keinem Falle zu haben.

Staatssekretär Dr. Visco: Ich habe die Hoffnung, daß das Gesetz bald erledigt wird. Ich bitte dringend, es nicht weiter aufzuschieben. Mehr Senate können wir nicht schaffen. Das ist eine Schranke ohne Ende. Wir müssen den Eingang zum Reichsgericht gegen die Revision etwas verengen. Ich bitte Sie dringend, die Vorlage noch vor der Verlegung zu erledigen.

Abg. Dr. Baule (Rp.): Die Sache muß gründlich erledigt werden. Einige Monate spielen keine Rolle. Redner plädiert jedoch für Vernehmung der Stellen der Richter und Senate beim Reichsgericht.

Abg. Jund (natl.): Die Verringerung der Zahl der Mitglieder der Senate von 7 auf 5 halte ich mit dem dem Staatssekretär für ein unzulässiges Mittel. Der Reichstag ist jedenfalls nicht daran schuld, daß die Vorlage jetzt nicht mehr erledigt werden kann, sondern der Staatssekretär, der sie uns so spät vorgelegt hat.

Abg. Dove (f. Rp.): Die Vorlage ist nur ein Plädoyer und sie muß von Grund auf organisch gebessert werden. Wünschenswert ist die baldige Erledigung der Vorlage. Wir schlagen daher eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern vor.

Abg. Heine (Soz.): Man sollte Hilfsrichter einberufen, die nur die Masse aufzuräumen haben. Es hilft nichts, die Zivilsenate müssen vermehrt werden. Die Vorlage geht nur an eine besondere Kommission. Die Richter gegenstand der Tagesordnung ist die Verlagerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages. Staatssekretär Dr. Delbrück empfiehlt die Verlängerung des Vertrages bis 1. Dezember 1911.

Abg. Sped (Rp.) bedauert, daß die besten schwedischen Erge von der Ausfuhr ausgeschlossen sein sollen.

Abg. Gothein (fr. Rp.): Wir haben alles Interesse daran, mit Schweden zu einem gesunden Handelsvertrage zu gelangen und deshalb halte ich es auch für vorteilhaft, wenn der Abg. Sped die Regierung zu Maßnahmen auffordert, um die Einfuhr schwedischer Freizeidwaren zu erschweren. Dies ist ein engherziger Standpunkt. Herr Sped befürchtet auch Handelsverlagerungen

für uns vonseiten Frankreichs, aber ich glaube, es schadet für uns werden die Nachteile des neuen französischen Tarifs nicht sein. Weil Frankreich nicht in der Lage ist, umfangreiche Arbeitskräfte heran zu ziehen, wird es nach wie vor auch Industriearbeiter aus dem Auslande beziehen.

Abg. Graf Kanitz (konf.) lenkt die Aufmerksamkeit auf die Abnahme unserer Ausfuhr nach Schweden in den letzten Jahren und auf die ganz ungewöhnliche Übergang zwischen der schwedischen Handels- bzw. Ausführstatistik und der deutschen Einfuhrstatistik aus Schweden. Dem neuen Handelsvertrage mit Schweden sehe er mit großer Besorgnis entgegen. Schweden wolle seinen Tarif stark erhöhen und sobald dies geschehen sei, werde vielleicht auch Herr Gothein seine wirtschaftspolitischen Ansichten etwas ändern. Wir dürfen Schweden keineswegs den Ablauf des Handelsvertrages weitere Zugeständnisse machen, eventuell müssen wir vielmehr Schweden unseren Vertragsstarif entgegen. In der Hoffnung, daß die Regierung sich darnach richtet und bei den neuen Verhandlungen Schweden jedes weitere Zollpolitische Zugeständnis verweigern werde, ist Redner bereit, für die Verlängerung des bestehenden Handelsvertrages mit Schweden zu stimmen.

Abg. Molkenbuh (Soz.) äußert sich in demselben wirtschaftspolitischen Sinne wie Gothein, sich namentlich gegen Sped und dessen Behauptung wendend, daß unter dem bestehenden Verträge mit Schweden sich unsere Handelsbilanz verschlechtert habe.

Abg. Paasche (natl.): Mit unseren Handelsverträgen haben wir bisher wenig Glück gehabt. Man hat uns immer gezwungen, höhere Sätze zu akzeptieren. Mit Schweden wird es uns wohl ebenso gehen wie mit Amerika. Wir sollten nicht immer so nachgiebig bleiben.

Abg. Kanitz (w. Rp.) wünscht ebenfalls, daß die deutschen Interessen mit Rücksicht gemacht werden.

Abg. Erberger (Rp.): Die Ereignisse aus Schweden darf unsere reichlich-wirtschaftliche Industrie nicht erschauern werden. Erstreckungswiese sind wir ja aber nicht auf Schweden allein angewiesen.

Staatssekretär Delbrück: Als die Abmachungen zwischen der schwedischen Regierung und den dortigen Erzebergbau-Gesellschaften bekannt wurden, haben wir in Schweden sofort Bedenken geltend gemacht. Ein eigentliches Einspruchsrecht steht uns allerdings nicht zu. Tatsächlich ist eine Schwächung unserer Eisenindustrie weder durch Abnahme der Erzeinfuhr noch hinsichtlich der Preise eingetreten. Wir werden auch künftig darauf bedacht sein, daß eine solche Schwächung nicht eintritt.

Abg. Vogel (natl.): Wir sind nicht mehr von Schweden abhängig als Schweden von uns. Wir haben auch bei uns gleichartige Erze.

Nach weiterer Debatte wird die Vorlage gleich in zweiter Lesung angenommen.

Morgen 12 Uhr: 1. Lesung des Entwurfes betreffend eine Reichsverfassungsgesetz.

Schluss 6 1/2 Uhr.

### Deutschland.

Berlin, 15. April 1910.

Ein Trinkspruch des Reichskanzlers. Bei dem Festmahle des Deutschen Handelstages toastete zunächst Präsident Kämpf auf den Kaiser, die deutschen Bundesfürsten und die freien Städte. Dann sprach der Reichskanzler. Er führte u. a. aus:

Die Bedeutung des Deutschen Handelstages für unser wirtschaftliches Leben wird durch die bald 50jährige Tätigkeit erwiesen, die er entfaltet hat, schärfer vielleicht noch durch den Aufschwung, den Handel und Industrie und Schifffahrt während dieses Zeitraumes genommen haben. Die Verhandlungen und Beschlüsse des Deutschen Handelstages können, wie Ihr Vorhaben schon ausgeführt hat, dem Geschichtsbild ein Spiegelbild von dem Gange bieten, den unsere innere und äußere Politik gewandelt ist. Hand-

### Dämon Gold

oder das Erbe von Moultry Hall.  
Kriminalroman aus dem Englischen des F. J. Smith  
in freier deutscher Bearbeitung von

(Fortsetzung.)

Ehe wir dieses Kapitel schließen, müssen wir unsere Leser bitten, uns nach Moultry Hall zu begeben, wo wir Lady Alicia und ihren Gemahl in Erwartung ihres künftigen Schwiegerohnes Sir William Musgrave verlassen haben.

Wie die meisten Freier von fünfundsiebzig Jahren, sah sie der alte Junggeselle, daß er keine Zeit zu Raste halten müsse, und schlug daher so liberale Vertragsbedingungen vor, daß Laura, von ihren Eltern gedrängt, endlich nicht mehr anders konnte, als den Tag der Hochzeit zu nennen. Als bald begannen die Vorbereitungen, wie sie nach Sir Barnards Liebergenamung der wichtigen Veranlassung und der Wirtin seiner Familie angemessen waren.

Die Kirche zu Midial war mit Sommergrün und den ausserlebensfähigsten Freizeitspflanzen ausgeschmückt; die Mitglieder der bedeutendsten Familien der Grafschaft waren anwesend, die Gutsangehörigen versammelt, um das hohe Brautpaar, sobald der Bischof die heilige Handlung vollzogen haben würde, zu Pferde zu eskortieren.

„Sie stehen wirklich gut!“ sagte die Braut, von den Ausgrabungen Familienbräutlingen redend, als sie sich in ihrem glänzenden Anzug im Spiegel betrachtete. — „Stehen gut!“ wiederholte Lady Alicia; „bräutlich sind sie!“ Du wirst mehr als die Hälfte der Damen zu St. James überfrachten.“ — Das

Dyber versuchte zu lächeln. — „Wie wird Mary Dich beneiden?“ fuhr die Mutter sie fassend fort. — „Doch, liebes Kind, keine Tränen mehr! Ich habe Sir William kaum überzogen können, daß Deine blauen Wangen und Deine roten Augen nichts als jungfräuliche Schüchternheit seien. Komm, trag ein wenig Rot auf und Du siehst göttlich aus.“

Die Anspielung auf ihre verhaßte Schwester verfehlte nicht die gedohnte Wirkung auf Laura hervorbringen. — „Sie wird nie solche Brillanten besitzen?“ rief sie. — „Nie!“ wiederholte ihre Mutter mit Nachdruck.

Hier ward die Unterhaltung durch den Eintritt Sir Barnard Gastons unterbrochen, welcher — von einem Zug Brautjungfern gefolgt — seine Tochter zum Wagen abholen kam. Veranlaßt von ihrer eigenen Eitelkeit und den Komplimenten, die ihr von allen Seiten wurden, stieg das verblendete Mädchen in den Wagen, und unter dem freudigen Zurufe der in dem Park versammelten Menge setzte sich der Zug nach der Midialer Kirche in Bewegung, wo der bejahrte Bräutigam bereits der Braut harzte.

In weniger als einer Stunde verflüchteten Völlerschiffe und Glockengeläute, daß Laura Gaston nunmehr Lady Musgrave war, und eben ordnete sich der Zug zur Rückkehr nach dem Hause der Braut, als ein Reiter auf die Kirchthür zugesprennt kam und Sir Barnard einen Brief übergab. Selbst seine besten Bekannten erklärten über den Ausbruch, den seine Züge beim Durchlesen desselben annahmen.

„Ich muß augenblicklich nach London“, flüsterte er seiner Frau zu. „Entschuldige mich bei unseren Gästen. Egbert soll die Sonnenbrille machen — sonst

taugt er doch zu nichts.“ — „Unmöglich!“ jagte Lady Alicia.

„Ich jage Dir, daß ich muß“, wiederholte ihr Gemahl. — „Was werden die Leute sagen?“ — „Sagen? Was gilt mir ihre Meinung im Vergleich mit dem Verlust von Penswid? Mary ist aus dem Pachthof entflohen. Es ist ein Freier, ohne Zweifel irgend ein Lump von Abenteuerer mit im Spiele. Mendal hat den Namen nicht genannt.“

Die Dame opponierte nicht länger — Penswid war wohl das bisherige Gerüde, was durch diese allerdings sehr auffallende Abwesenheit Sir Barnard Gastons von Hause etwa entstehen mochte. — Der Vater Lauras benötigte, ohne Rücksicht auf die Neuvermählten zu nehmen, die zu deren Reise nach London bestellten Postpferde und fuhr Tag und Nacht fort, bis er in der Hauptstadt ankam, wo er sich alsbald nach dem Sotel Sir Clifford Herberbs begab.

Die Bedienten zögerten, als er nach Mitz Gaston fragte, aber wie ein Wahnsinniger schob er sie beiseite und bohrte sich einen Weg nach dem Salon, wo Mary, Lady Florence, ihr Gemahl und der Graf bekannnen waren. Befragt, den Damen eine unangenehme Szene zu ersparen, ging ihm Sir Clifford entgegen.

„Zurück!“ rief Sir Barnard wütend. „Ich verlange mein Kind. Die erbärmliche Rolle, die Sie bei ihrer Entführung gespielt haben, ist ein Punkt, den wir erst nachher besprechen werden. Die Gesetze meines Landes, welche ich ohne allen Zweifel anrufen werde, sollen zwischen uns entscheiden.“

„Es gibt ein Recht, das mächtiger ist als das ge-

schriebene“, antwortete Herbert entrüftet, „es ist das Naturrecht.“

„Bah!“ murmelte der erstere. „Bildet sich Sir Clifford Herbert ein, er spreche mit einem Schulknaben?“ — „Mit einem Vater, darf ich hoffen“, sagte Lady Florence.

Sogar in seinem Grimme vermag das Haupt der Gastons keine Böslichkeit nicht. Er vernicte sich tief und schritt auf Mary zu, um sie mit sich fort zu nehmen, als der Herr des Hauses ein zweitesmal dazwischen trat.

„Hören Sie mich einen Augenblick an...“ jagte er. — „Nicht ein Wort“, unterbrach ihn der Wütende, „ich lasse mir mein Vaterrecht weder abtrotzen, noch abschwatzen.“

Er trat näher, um den Arm seiner Tochter zu ergreifen, als Lord Cheverly sie ruhig auf die Seite schob und ihm gegenüberstand. Mitz Mendal hatte den Namen des Pairs in ihrem Briefe nicht erwähnt, sondern einfach die Herberbs beschildigt, daß sie ihr die Pflegeobehaltung entziehen haben, um deren Hand und Vermögen irgend einem ihrer Verwandten zuzuwenden.

„Sir Barnard Gaston“, sagte seine Lordschafft, „es gereicht mir zu großem Vergnügen, Ihnen die Gräfin von Cheverly vorzustellen.“

Einige Augenblicke schauten sich Vater und Kind schweigend an. Mary zitterte nicht mehr wie sonst, wenn sein Auge sie traf, sie begegnete ihm mit einem Blick, so fest wie der feine; und doch lag nichts Herausforderndes, wohl aber ein Gefühl von Traurigkeit darin. Sir Barnard fühlte, daß seine Macht über sie und Penswid dahin sei.

(Fortsetzung folgt.)

In Hand mit der Entfaltung unseres inneren Marktes ist die gewaltige Erweiterung unseres Exportes gegangen und es ist damit, wie ich schon einmal an einer anderen Stelle es ausgesprochen habe, die Frage unserer ausländischen Wirtschaftsverhältnisse zu einer der wichtigsten Aufgaben unserer auswärtigen Politik geworden. (Bravo.) Sie selbst können es aber auch am zuverlässigsten beurteilen, wie diese Aufgabe mit jedem Tage komplizierter und vielseitiger geworden ist, je mehr für alle Völker die Wirtschaftsverhältnisse zu Weltfragen geworden sind. Und was dabei staatlicher Schutz niemals erliegen kann, das ist die Organisationsfrage und die Leistungsfähigkeit unserer Industrie, die Mühseligkeit und Zuverlässigkeit unserer Kaufmannschaft und der Wagemut und Spürsinn ihrer Pioniere. Diese Eigenschaften in hartem Wettbewerb bewährt zu haben, ist der Ruhm unseres Handels und unserer Industrie; ihnen verdanken sie ihren Aufstieg. (Beifall.) In der Zukunft, daß diese Kräfte auch künftig in unserem Volk wirksam sein werden, erhebe ich mein Glas auf das Gedeihen von Deutschlands Handel und Industrie. Ich bitte Sie, einzustimmen in den Ruf: „Der Deutsche Handelstag, er lebe hoch!“ (Lebhafter Beifall.)

**Ein nationalliberaler Sieg.** Gestern (Donnerstag) fand im Reichstagswahlkreis Ostfriesland-Johannesburg Ersatzwahl für den verstorbenen Reichstagspräsidenten Graf Stolberg statt. Bis 11 Uhr abends wurden gewählt 10,153 Stimmen und Linde (soz.) 909 Stimmen. Für Kramer (kons.) 10,153 Stimmen und Linde (soz.) 909 Stimmen. Für kleine Kreise stehen noch aus. Die Wahl von Kramer gilt als sicher. Damit hätten endlich auch die Nationalliberalen wieder einmal einen Sieg errungen.

Der Zentralverband deutscher Industrieller hat bekanntlich einen industriellen Wahlfonds geschaffen und ein besonderes Komitee mit der Verwaltung des Fonds beauftragt. Zum Vorsitzenden des Komitees ist Rechtsanwalt Wilhelm Meier in Hannover gewählt und zum Geschäftsführer Friedrich Mann, der frühere Sekretär der nationalliberalen Partei in Hannover, ernannt worden. Es ist natürlich nur ein Zufall, daß die beiden Herren ausgesprochene nationalliberale Parteigänger sind?

**Die Höhe der Wertzuwachssteuer schlägt der Entwurf in folgender Weise vor:** Die Wertzuwachssteuer beträgt 5 Proz. bei einem steuerpflichtigen Wertzuwachs von nicht mehr als 10 Proz. des Erwerbspreises, sie steigt um 0,5 Proz. bei einer Verneuerung des Wertzuwachses um je 10 Proz. und zwar bis zu 1000 Proz., bei 100-200 Proz. des Erwerbspreises beträgt sie 10 Proz., bei 201-400 Proz. 11 Proz., über 400 Proz. 12 Proz. Die Abgabe erhöht sich, sofern zwischen Erwerb und Veräußerung ein Zeitraum von nicht mehr als 30 Jahren liegt, für jedes Jahr der kürzeren Besitztümer um 7 Proz. des Steuerbetrages. Beträgt der Zeitraum zwischen Erwerb und Veräußerung mehr als 10 Jahre, so werden von dem steuerpflichtigen Zuwachs für das erste Jahr der längeren Besitztümer 4 Proz. und für jedes fernere Jahr weitere 1/10 Proz. des Erwerbspreises bis zum Höchstbetrage von 10 Proz. steuerfrei gelassen. Diese Abfindung ist eine sehr gerechte. Die Steuer geht bis zu 36 Proz. bei 400 Proz. Gewinn in einem Jahre. Aber dagegen ist nicht zu sagen.

**Hannau fast gestiftet.** Zum Dirigenten der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes wurde Legationsrat Zimmermann bestellt, der eine sehr rasche Karriere machte. 1902 wurde er als ständiger Hilfsarbeiter in die handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes berufen und erhielt bald darauf den Charakter als Legationsrat. Im Oktober 1903 wurde er Wirklicher Legationsrat und Vortragender Rat in der Rechtsabteilung, von der er später in die politische Abteilung übertrat. Im Februar 1907 wurde er scheidender Legationsrat mit dem Range der 2. Klasse. Seine jetzige ungewöhnlich schnell erfolgte Ernennung zum Rat 1. Klasse hängt damit zusammen, daß ihm jetzt die zur Entlassung des Staatssekretärs und Unterstaatssekretärs durch den Etat für 1910 neu geschaffene Stelle eines Dirigenten der politischen Abteilung übertragen worden ist. Zimmermann hat er den viel älteren Freierat Hamann überbunden, so daß letzterer kalt gestellt ist.

**Unzulässiges Reichstagsmandat.** Die Wahlprüfungskommission des Reichstages verhandelte heute über die Wahl des Abgeordneten Sievers (natl.), Vertreter des Wahlkreises Mühlberg-Wittenberg. Es wurde beschlossen, wie schon in einem anderen Falle, daß die Klagen in Kriegervereinen unzulässig sind. Darnach ist die Unzulässigkeitsklärung auch dieser Wahl durch die Kommission zu erwarten.

**Unfall des Abgeordneten Graf Oriola.** Der Abgeordnete von Oriola hat heute vormittag, als er das Reichstagsgebäude verließ, einen Unfall erlitten. Beim Passieren der Straße geriet er gegen einen Straßenbahnwagen und wurde zu Boden geworfen, wobei er Verletzungen am rechten Bein und mehrere Hautabschürfungen davon trug. Man brachte ihn in einer Droschke nach seinem Hotel, wo er in ärztliche Behandlung genommen wurde.

**Verhaftung des Luftschiffer-Bataillons.** Wie im Mai v. J. die Mitglieder des Reichstages das Luftschiffer-Bataillon befehligten, so folgten heute die Mitglieder des Abgeordnetenhauses einer Einladung des Kriegsministeriums zur Verhaftung des Bataillons. Nach verschiedenen Manövern mit Fessel-Balons (sieg der Militär-Ballon „M. 3“) zu zwei kurzen Fahrten auf, an denen verschiedene Abgeordnete teilnahmen. Die Manöver mit „M. 3“ waren nach etwa einundzwanzig Stunden beendet. Das Luftschiffer-Bataillon wurde dann nach dem Legler Schießplatz zurückgeführt und sollte in der Nähe der Halle niedergehen. Da sich jedoch der Landungsplatz als zu eng erwies, so mußte „M. 3“ von neuem hoch gelassen werden, um an einer günstigeren Stelle zu landen. Bei diesem zweiten Aufstieg ereignete sich ein schwerer Unglücksfall, indem der Luftschiffer Lorenz, der in die Lunte des aufsteigenden Luftkreuzers verwickelt war, und infolge dessen mit in die Luft geföhrt wurde, aus beträchtlicher Höhe herabstürzte. Schwer verletzt und blutüberströmt blieb Lorenz am Boden liegen. Er hatte außer einer Gehirnerschütterung noch andere schwere innere Verletzungen davongetragen, so daß er in bedenklichem Zustande nach dem Lazarett geschafft werden mußte. Der Luftkreuzer „M. 3“ behielt den zweiten Aufstieg zu einer über eine Stunde dauernden Fahrt aus und landete dann wieder auf dem Schießplatz.

## Rusland.

**Italien.** Zur Privataudienz des Papstes Grandinger. Der „Noll. Volkstg.“ Nr. 302 wird von ihrem römischen Korrespondenten aus Rom geschrieben: In Betreff der angeblichen Privataudienz des Pfarrers Grandinger, mit der die liberalen Zeitungen gegen das Zentrum

leben, habe ich die vorläufigen Grundigungen eingezogen. Danach hat man im Vatikan keine Ahnung, daß Grandinger vom Papste empfangen worden ist. Der Maggior-domo erklärte, daß er kein Audienzblatt auf den Namen Pfarrer Grandinger ausgestellt habe, daß ein bezügliches Gesuch überhaupt nicht eingereicht worden sei. Die einzige Möglichkeit sei nur die, daß der Herr Abgeordnete sich ohne Wissen des Maggior-domos einem größeren Pöbelzuge oder einer Heiligengesellschaft, z. B. der Karawane des Professors Müller, oder den Bürtlebergern oder den Lehren, angeschlossen habe, sonst hineingekommen sei, was bei dem Massenbetrieb in der Dierzeit leicht möglich sei und öfters hinter seinem Rücken vorkomme. Zum Ueberflus habe ich dann noch auf dem Sekretariat des Maggior-domos die Liste der in den letzten vier Wochen zu Audienzen zugelassenen durchgesehen. Der Name Grandinger findet sich aber dort nicht. Mit der angeblichen Auszeichnung des liberalen Pfarrers durch den Papst ist es also nicht.

## Belgien.

**Verarbeiteter.** Unter den Arbeitern des belgischen Kohlengebietes ist eine Streikbewegung eingeleitet worden, die immer größere Ausdehnung annimmt. Während in der vorigen Woche nur auf einigen Betrieben gestreikt wurde, beschloßen die Kohlearbeiter gestern überall dort in Anspruch zu treten wo sich Lohnforderungen mit den Grubenbesitzern ergeben. Heute besetzten sich bereits über 4000 Bergleute im Auslande. Es wurde aber beschloßen, einen dringenden Kongress aller belgischen Bergarbeiter einzuberufen, der die schon seit Langem geforderten Lohnveränderungen beraten soll.

## England.

**Unterhaus.** Lord Balfour befragte McKenna erstens, ob die Admiralität irgendwelche Mitteilung von amtlichen oder nichtamtlichen Quellen erhalten habe, daß Oesterreich sich tatsächlich auf den Bau von Schiffschiffen des Dreadnought-Typs eingelassen habe; zweitens, wann dies der Fall sei, wie viel Schiffe der Dreadnought-Klasse nach den eingegangenen Berichten auf Stapel gelegt worden seien; schließlich, ob die Admiralität irgendwelche amtliche oder nichtamtliche Mitteilung erhalten habe, der zufolge sie glauben könne, daß weitere Fahrzeuge vom Dreadnought-Typ in naher Zukunft von Oesterreich auf Stapel gelegt werden sollten. McKenna erwiderte: Ich habe bereits erklärt, daß wir keine amtliche Mitteilung über den Bau österreichisch-ungarischer Schiffschiffe besitzen. Es würde nicht opportun sein, auf Grund nichtamtlicher Mitteilung eine Erklärung auf eine Anfrage im Unterhause abzugeben.

**Die Frau erkaufte.** Einer der irischen Führer, O'Brien, hat die liberale Regierung in große Verlegenheit gebracht. Er gab in einer Versammlung den Preis bekannt, den die liberale Regierung für die Zustimmung der Frau zum Budget bot. Der Preis war kein geringer, er sollte in der Beilegung aller Steuern bestehen, die Irland unangenehm sind. Der liberale Staatskanzler lehnt die Verhandlungen in der von O'Brien mitgeteilten Form ab, spricht aber gleichzeitig von einem „unerbörten Vertrauensbruch“. Dem Ansehen des liberalen Kabinetts ist die Angelegenheit gewiß nicht förderlich.

## Rusland.

**Frauenstudium.** Der Unterrichtsminister hat bei der Duma eine Gesetzesvorlage eingebracht, wodurch den Frauen, die in Russland oder im Ausland Hochschulen absolviert haben, das Recht erteilt wird, das Universitätsexamen abzulegen, das ihnen die gleichen Rechte für Verleihe und Unterrichtsämter einräumt wie den männlichen Kandidaten.

## Australien.

**Die Mehrheit im australischen Bundesparlament.** Die vollständigen Ergebnisse der Wahlen zum Bundesparlament ergaben einen Gewinn von 18 Stimmen für die Arbeiterpartei, die mit den unabhängigen Liberalen in dem neuen Parlament eine Mehrheit von 19 Stimmen haben wird.

## Baden.

Karlsruhe, 15. April 1910.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bemöhen, dem Vorsteher der Telegraphenverwaltung der Staatsbahnen, Rechnungsrat Franz Stolz in Karlsruhe, das Ritterkreuz zweiter Klasse mit Eichenlaub höchster Ordens vom Kaiserlichen Orden zu verleihen und denselben auf sein untertäniges Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste in den Ausdienst zu versetzen.

## Aus den Kommissionen.

**Karlsruhe, 14. April.** Die Justizkommission beriet heute die sozialdemokratischen Anträge zum Gewerkegesetz. Es wurde beschloßen, für die Erlaubnis zur Errichtung eines Stammgutes und für die Befähigung der Statuten eine Taxe von 1 Proz. des Wertes, aber mindestens beim Herrenstand 10000 Mk., bisher 1000 Mk., beim Ritterstand 4000 Mk., bisher 400 Mk., für die Befähigung neuer Statuten für ein bestehendes Stammgut und für die Erlaubnis zur Vergrößerung oder Veräußerung eines Stammgutes beim Herrenstand von 100-10000 Mk., beim Ritterstand 500-4000 Mk. zu erheben. Das Zentrum stimmte gegen den Antrag. Ferner wurde beschloßen, für die Verleihung des Titels Geh. Kommerzienrat 5000 Mk., für die des Titels Kommerzienrat 3000 Mk., für sonstige an Private verliehene Titel 300-3000 Mk. Taxen zu erheben. Für die Annahme von Orden seitens auswärtiger Sonderämter soll eine Taxe von 100 bis 1000 Mk. erhoben werden. Das Zentrum stimmte gegen den letzteren Antrag.

Die Schulkommission der Zweiten Kammer behandelte in ihrer heutigen Sitzung die Frage der Schulaufsicht. Ein Zusatzantrag zu § 18, nach welchem Hauptlehrerinnen an Mädchenschulen auch die Rechte eines „ersten Lehrers“ verliehen werden kann, wurde angenommen. Die Bestellung eines besonderen Schularztes an Volksschulen mit 10 und mehr Lehrstellen wurde gegen eine Minderheit der Kommissionsmitglieder, welche die Zahl „zehn“ etwas hinaufzusetzen beantragte, genehmigt. Im übrigen war die Kommission einstimmig der Ansicht, daß die Volksschulen ärztlicherseits überwacht werden sollten. Die Frage, ob den weiblichen Lehrkräften der Eintritt in die Schulkommissionen ermöglicht werden sollte, wurde beschloßen; eine Beschlußfassung fand nicht statt. Die Beratung über § 11, der den Geschäftsbereich der Ortschulbehörde (Schulkommission) näher umschreibt, wurde begonnen. Da zu diesem Punkt verschiedene Petitionen, sowohl aus den Kreisen der Städte und der Kreise vorliegen, ist anzunehmen, daß über diese Materie noch weitere Erörterungen stattfinden werden.

**Karlsruhe, 14. April.** Die Budgetkommission beschloß heute auf Vorschlag der Regierung mit 8 gegen 6 Stimmen den Entschluß von einer Vorstandsstelle bei der Oberrechnungskammer. Abg. Willi berichtete sodann über den Entwurf betr. den Wohnungsgeldtarif. Er befürwortet eine bessere Berücksichtigung Mannheims. Die Regierung lehnt dies ab. Der Antrag des Berichterstatters wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittlichen Volkspartei abgelehnt und darauf das Gesetz in der Regierungsfassung angenommen.

## 4. Wagenklasse in Baden?

Die Regierung erklärte in der heutigen Kommissions-Sitzung, daß es ihrer Überzeugung nach kein anderes Mittel gebe, um dauernd den billigen Zwei-Klassen-Tarif zu halten, als die Einführung der 4. Klasse nach vrenthilflichem System. Bei Regelung der Tariffrage nach vrenthilflichem System, mit 2.3.4. Klasse für III. Klasse, würde die linksrheinische Konturrenz, z. B. der Verkehr Mannheim-Basel, von Baden abgelenkt werden. Die Regierung wird eine Nachtragforderung bringen, wegen Umwandlung der 3. Wagenklasse in 4. Wagenklassen. Bei Beratung dieser Vorlage wird die Frage, ob 4. Wagenklasse oder nicht, zur Entscheidung kommen.

## Ein Einkommensteuergesetz.

Es ist nicht mehr schön, wie in den parlamentarischen Stimmungsberichten der „Bad. Landeszeitung“ gefühvert wird. In Nr. 170 der „Landeszeitung“ wird geschrieben: Hierauf erstattete Abg. Witzmann den sachlich reichhaltigen Kommissionsbericht über den Entwurf der Abänderung des Einkommensteuergesetzes und Vermögenssteuergesetzes. Bevor man aber zur weiteren Beratung übergehen konnte, ritt das Zentrum einen ganz neuen Paragrafen in Gestalt eines umfangreichen Einkommensteuergesetzes eigener Produktion der erstauften Kammer vor. Es hofft damit wohl seine Wamagen in der Kommission verbergen machen zu können. Diese nachgelagerte Erkenntnis und der Umstand, daß der Zentrumsvoranschlag demüthlich, veranlaßte den Abg. Witzmann, die Abänderung der Einkommensteuern näher zu beschreiben und Prüfung des Textes zu beantragen. So geschah es auch und nun wird die Kammer sich am Samstag wieder mit dem Fall beschäftigen.

Die „Landeszeitung“ bezw. ihr parlamentarischer Stimmungsberichter muß wissen, daß der Antrag schon in der Kommission gestellt war; er muß weiter wissen, daß das Zentrum in der Kommission die Wiederholung des Antrags ausdrücklich angekündigt hat; er muß weiter wissen, daß die Sitzung nicht wegen des Antrags abgebrochen wurde, sondern, wie der Herr Abg. Witzmann motivierte, wegen der für den nachmittäglichen Kommissions-Sitzungen. Wenn er das nicht weiß, dann preisen wir auf die Mühe, die er sich in seinen Stimmungsberichten gibt, die dann nur von mangelnder Information zeugen. Weiß er es aber, dann müssen wir schon fragen, wie kommt er denn dazu, so zu schreiben, wie er schrieb? Jedenfalls entnehmen wir aus dieser Haltung, daß unsere Forderung im Landtage das Richtige getroffen hat. Es ist nicht minnerst, daß die Sitzung von Witzmann-Motivreden bewegten abgebrochen worden sein soll, damit die Herren vom Großstadl die „Mängel“ des Textes studieren können. Witzmann motivierte anders, ebenso der Präsident Motzsch. Sollte am Ende die „Landeszeitung“ veranlassen, was die Herren nicht sagen wollten? Wenn wir auf solcherlei Gedanken kommen, so mögen sie sich bei ihrem offiziellen Parteitag bedenken.

## Guter Ton in der nationalliberalen Presse.

Die „Noll. Volkstg.“ hatte darin, daß anlässlich der Wahlrechtsdebatte schließlich der nationalliberale Redner Friedberg sich auf den Standpunkt der Sozialdemokraten stellte, die sich gegen die formell völlig einwandfreie und materiell verständliche Handhabung der Geschäftsordnung wandten, einen offenen Paß der Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten gegeben. Darüber gerät der Mannheimer „Generalanzeiger“ Nr. 169 in schwere Aufregung. Er zitiert zwei Bestimmungen, welche den Sozialdemokraten und dem nationalliberalen Abgeordneten Friedberg recht geben. Es sind freilich zwei Stimmen, von denen nichts anderes zu erwarten ist: die „Noll. Volkstg.“ und die „Zell. Sta.“. Nachdem er so die Auffassung der „Noll. Volkstg.“ glaubt niedergeschrieben zu haben, schreibt der „Generalanzeiger“: „So also steht der Paß der Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten im Richte der Wahrheit aus. Die Stupellosigkeit und Verlogenheit der christlichen Zugenpartei nimmt allmählich groteske Formen an.“ Ueber so etwas entrüstet man sich nicht. Man hängt es nur tiefer, damit man den vornehmen Ton der vornehmen nationalliberalen Presse kennen lernt.

## Freimaurerische Alumnate.

Wir lesen in der „Zell. Zg.“ Nr. 102 2. Morgenbl. vom 14. April:

Karlsruhe, 13. April. Auf der hier abgehaltenen Bezirksversammlung des Bezirksvereins Eildelwiesenthal des Vereines Deutscher Freimaurer hielt Professor Zimmer (Berlin-Zehlendorf) das Hauptreferat über Freimaurerei und Presse. Schlußworte des Redners aufgeführt: „Die Freimaurerei ist ein Geheimnis, das nicht in der Presse veröffentlicht werden darf.“ Ueber die Freimaurerei sprach laut Bericht ist zu entnehmen, daß die vorstehenden Mittel es leicht gestattet, auch in Süddeutschland Alumnate einzurichten oder zu unterstützen, so daß nach und nach immer mehr talentvolle Erben weniger bemittelter Eltern den ultramontanen Erziehungsmethoden entzogen werden können.“

Der „Schwäb. Merkur“ Nr. 169 bemerkt dazu: „Daß solche Alumnate als Gegenmaß gegen die Verfallene Notwendigkeit sind, begreift sich leicht, und daß sie nicht von den Regierungen errichtet werden können, sondern nur von privater Seite, wenn ihrer liberale Richtung gesichert sein soll, wurde hier des öfteren betont. Der Name Freimaurer wird freilich von den Alumnaten zum Grinsmachen benutzt werden.“

Es wäre denn doch höchst merkwürdig, wenn von unserer Seite dem Umstand keine Beachtung geschenkt würde, daß die neuerdings auftauchende Alumnatebewegung gerade von den Freimaurern ausgeht. Die Freimaurer sind eine Geheimgesellschaft, deren Tagungen meist das Licht der Öffentlichkeit scheuen. Die Mitglieder der Freimaurerei gehören diesem Verein nicht an, wie man anderen Vereinen angehört. Die Mitgliedschaft wird vielmehr gern verborgen. Diese Tatsache und die ganze Geheimnerei der Freimaurerei steht in einem merkwürdigen Gegensatz zu der von ihr immer wieder betonten Harmlosigkeit bezw. Wohlthätigkeit ihrer Ziele und Aufgaben. Wir haben daher allen Grund zum Mißtrauen. Und die Tatsache, daß die Alumnate nicht etwa aus dem einzigen richtigen Motiv hervorgehen, wenigbemittelten jungen Leuten das Studium zu ermöglichen, sondern aus dem parteiideologischen, den „Ultra-

montanismus“ zu bekämpfen, beweist dieses Mißtrauen als schlecht begründet.

Wir brauchen daher mit dem Namen Freimaurer gar nicht spielen zu machen. Daß diese geplanten Alumnate direkt dem Kampf gegen das, was unsere Gegner „Ultramontanismus“ nennen, dienen sollen, zeigt jedem gläubigen Katholiken sofort, welche Haltung er dieser Neugründung gegenüber einnehmen muß.

Wir haben es keineswegs verstanden, daß dieselben Leute, die heute Feuer und Flamme für die Alumnate sind, früher die entschiedensten Gegner der Alumnate-Erziehung waren, der sie alle Mängel nachsagten. Seitdem ihnen aber ein Licht darüber aufgeleuchtet wurde, daß die Alumnate-Erziehung auch zum Kampfmittel gegen die Ultramontanen“ gemacht werden könne, sind sie wie umgekehrt. Da kann ja ein Wunder geschehen, wo diese Liebe zur Jugend hinaus will.

## Konserervative Mandementen zur Osterproklamation 1860.

Die Art und Weise, wie die nationalliberale Presse und Partei das 50jährige Jubiläum der Osterproklamation in Artikel feiert, gibt der „Deutschen Reichspost“ Nr. 84 Anlaß zu folgenden Bemerkungen:

„Das Fürstwort in Ehren: es soll kein Unterschied sein zwischen Fürst und Volk“, aber daß das Volkrecht nur für eine Gruppe von politisch ehegeizigen Radikalen geschaffen sein sollte, das steht nicht in der Osterproklamation, daß sich Regierungen- und Parlamentsgewalt in eigener wohlüberlegter Interessengemeinschaft zusammenschließen gegen eine Partei Rinderbeißer, das steht auch nicht darin. Das ist die liberale Mandementen nur an sich und ihren Mitläufern erfahren. Der ideale Zug der Osterproklamation war auf den Ausbau der Verfassung gerichtet. Aus dem Polizeistaat sollte der Rechtsstaat werden und das Volk an der Regierungsarbeit in der Verwaltung als Beirater und Kreisbeigeordnete und in der Justiz als Schöffe teilnehmen. Wie aber die liberalen Mandementen diese neuen Volksrechte handhaben, weiß nur der, der selbst einmal Beirater gewesen ist und an der Aufstellung der Gesetzentwürfe und Schöffenliste mitgewirkt hat. Da kam keiner hinein, der nicht gut, wohlgeleitet nationalliberal war. Bei Aufstellung der Verfassungsliste für das Amt eines Beiraters ging es nicht besser. So handhabte der badiische Nationalliberalismus die landesherrliche Osterproklamation.

Das Fortdauern der badiischen Regierung mit dem was die nächste Verfassung zur Osterproklamation. Es galt eine reinliche Scheidung zwischen Staat und Kirche herzustellen. Der moderne Rechtsstaat wollte durchaus frei sein von den Einflüssen der Kirche, die er zwar heute noch zur Erfüllung seiner Kulturaufgaben nötig hat. Es kam die Einführung der Zivilrechte, zu einem neuen Schulgesetz. Die katholische Kirche kämpfte mit eiserner Energie gegen das alles. Die 50jährige Erfahrung lehrt aber, daß sie unter der Herrschaft des liberalen gewählten Simultanens stärker geworden ist, was man von der evangelischen Kirche nicht sagen kann; aber die badiische Volks- als gemischte Schule ist nicht besser geworden, durchaus nicht! Es kam das Fortwähren des unter dem die evangelische Kirche gerade so mitteilen mußte wie die katholische. So viel steht fest: die badiische Kirche wurde vom modernen Kultur- und Rechtsstaat Baden schonungslos mit getreten. Die Osterproklamation wirkte auf Fürst und Volk einbindend, neue auf deutsche Treue, auf Fortschritt, Fortschritt und soziale Empfinden. Und nun verweisen sich oben genannter Mandementen auch noch zu dem Apogee: „Das Vaterland über den Parteien.“ Da hört doch alles auf! Wir möchten gegen diese Frowe, mit der Wahrheit in Widerspruch stehende Behauptung der badiischen Nationalliberalen einwenden sagen: Umgekehrt ist auch gegangen; sie waren es, die die Partei über das Vaterland gestellt haben. Das geht sich wieder bei der Reichsfinanzreform. Die Osterproklamation gelang nicht, was von dieser Seite über die Osterproklamation gesagt wird: Die Nationalliberalen glauben auf dem Boden der Osterproklamation zu stehen, wenn sie die Freigeistlichen (die meine ich wohl den Abgeordneten der Sozialdemokraten — Kolb?) zu positiver Arbeit gewinnen.

Nun stehen wir am Ende einer 50jährigen Entwicklungsperiode Baden, die man als die liberale Periode bezeichnet, zu welcher ein hochmöglicher Landesfürst den Grund gelegt hat. Aber was sich daraus zum Westen für Vaterland und Volk hätte entwickeln können, hat bei den 50 Jahren unter dem Kampfe der politischen Parteien. In der 50 Jahre waren eine Zeit des Kampfes, in welchem der „alte“ badiische Nationalliberalismus zugrunde gegangen ist: Aus Schutt und Asche steigt zwar das Gedächtnis der Jungliberalen, Freimüthigen und Demokraten als neuer Pflanzling hervor. Doch der neue Pflanzling ist ein mehrschichtiges Angeheuer, das sich vor dem Volke als liberaler Reformverein bekennt, dem die „feinen“ Unterscheidungen der Liberalen unter sich nicht mehr wichtig sind. Badens Heil wäre unter der neuen liberalen Pflanzung vernichtet, wenn wir nicht die unerschütterliche Hoffnung zu unserem Volke hätten, daß es sich von allen liberalen Volkserbittern endlich loslöst und daß die Regierung Stellung gegen den falschen Liberalismus nimmt, womit sie der Osterproklamation in ihrer wahren Bedeutung wieder. Es darf nicht liberal werden, wo es nicht werden sollte. Die Signatur einer neuen politischen Entwicklungsepoche ist vorhanden. Möchte die Regierung die Zeichen der Zeit verstehen. Es gilt, dem neutralen Radikalismus die Zähne zu zeigen, ihm zu zeigen, daß Gerechtigkeit und Weisheit über Parteinteressen stehen und dem Volke begreiflich machen, daß wir noch in einer Monarchie leben, deren Träger allezeit bestehen haben, daß sie ein festes Fundament wollen mit ihrem Volk. Das sei das badiische Regierungsprogramm für nächste und künftige Zeiten, in wahren Wärdie der Osterproklamation von 1860.“

Das kann man fast alles unterschreiben.

## Ein großer Schlag gegen die Gewerkschaften der Arbeiter.

Der jetzige Kampf im Bauereibe ist das Resultat jahrelanger Bemühungen des deutschen Arbeiterbundes für das Bauergewerbe. Schon im Jahre 1899 führte der erste Vorliegende auf einer Bundesgeneralversammlung aus:

„Bevor wir nicht siegreich eine große Kampfprobe angestellt haben, werden wir nicht zur Ruhe und zum Frieden gelangen; eine solche Kampfprobe muß angestellt werden. Es muß dahin kommen, daß wir die Arbeiter in großen Bezirken, wenn nicht in ganz Deutschland ausperren können.“

Dieses Ziel glaubt nun der Arbeiterbund erreicht zu haben. Es steht aber hinter der jetzt bevorstehenden Auspersung aller organisierten Bauarbeiter noch mehr. Die Werbung, daß der Zentralverband deutscher Industrieller fünf Millionen Mark zur Führung der Auspersung zur Verfügung gestellt hat, belächelt groll, um was es sich bei diesem Kampfe in letzter Linie handelt. Den Gewerkschaften soll eine vernünftige Niederlage beigebracht werden, um den Herr-im-Haus-Standpunkt der Großindustrie zu befestigen. Den schärf-



**Serdersche Verlagshandlung zu Freiburg im Breisgau.**

Sieben sind erschienen und können durch die Unterzeichneten bezogen werden:

**Jansen, J., Friedrich Leopold Graf zu Stolberg.**  
 Sein Entwicklungsgang und sein Wirken im Geiste der Kirche. Vierte Auflage, befohl von S. v. Pastor. 8° (XVI u. 512) M 5.40; geb. in Leinwand M 6.60.

Unseres großen Dichters F. v. Stolberg ganzes Werden und Sein, seine Begeisterung für Poesie und Natur, für Vaterland und Freiheit, für Wahrheit und Religion erzieht in Janssens klassischer Biographie vor des Lesers Geiste. In erster Linie bildet sie eine köstliche Gabe für die studierende Jugend, bietet aber auch dem gereiften Leser edlen Genuß.

**Mayer, Dr. H., Die Matrikel der Universität Freiburg i. Br.**  
 von 1460 bis 1656. Im Auftrag der akademischen Archivkommission bearbeitet und herausgegeben. 2 Bde. Lex. 8°

II. (Schluss-)Band: Tabellen, Personen- und Ortsregister. (VIII u. 362) M 20.— Früher ist erschienen: I. Band: Einleitung und Text. (XCIV u. 944) M 30.—

Für die deutsche Geistesgeschichte, namentlich für Süddeutschland, sind die musterartig edierten Matrikeln der Freiburger Universität von hohem Werte. Die zahlreichen Erläuterungen zu den Namen und die Register machen das Werk zu einer reichen Fundgrube für den Historiker und namentlich den Genealogen.

**Spillmann, J. S. J., Geschichte der Katholikenverfolgung in England 1535—1681.** Die englischen Märtyrer seit der Glaubensspaltung. Dritte, neu durchgearbeitete u. ergänzte Auflage. 8°

I: Die Blutzengen unter Heinrich VIII. (XVI u. 306) M 3.50; geb. M 5.—

II: Die Blutzengen unter Elisabeth bis 1588. (XIV u. 486) M 5.—; geb. M 6.50

Im III.—V. Band sind die Blutzengen aus den Jahren 1584—1681 behandelt.

Ein ergreifendes Buch, gewaltig in seiner Szenerie und packend in der Zeichnung der Charaktere, das englische Heidenbuch aus christlich-katholischer Zeit! ... Das Werk besitzt ebenso hohen Erbauungsgehalt wie auch die besten wissenschaftlichen Wert. ...

(Literar. Anzeiger, München 1905 über die 2. Aufl.)

**Freiburg im Breisgau. Literarische Anstalt.**  
 Karlsruhe, Herrenstraße 34. Serdersche Buchhandlung.  
 Gausersbühlheim. J. F. Bottsche Buchhandlung.

**Bremer Lebensversicherungs-Bank Aktiengesellschaft**  
 (vormals Bremer Lebensversicherungs-Bank a. S., gegründet 1867).

**Bilanz für den Schluß des Geschäftsjahres 1909.**

A. Aktiva.		B. Passiva.	
Wechsel der Aktionäre oder Garantien . . . . .	2250000	Aktien- oder Garantie-Kapital . . . . .	3000000
Grundbesitz . . . . .	552896 42	Reservefonds . . . . .	34666 37
Hypotheken . . . . .	30243860	Prämienreserven . . . . .	29416135 66
Wertpapiere . . . . .	712285 90	Prämienüberträge . . . . .	1680694
Vorauszahlungen und Darlehen auf Rücklagen Guthaben bei Bankhäusern bzw. bei anderen Versicherungsunternehmungen . . . . .	2211450	Reserven für schwedende Versicherungsfälle bei dem Prämien-Reservefonds aufbewahrt und sonstige Verbindlichkeiten . . . . .	205039 02
Gewinnanteile Prämien . . . . .	329438 84	Reserve für Kriegsrisiko Amortisationsfonds für Garantien . . . . .	182720 62
Rückständige Zinsen und Mieten . . . . .	371454 45	Reserve für arbeitslose Versicherungen . . . . .	19110 22
Ausstände bei Generalagenten bzw. Agenten . . . . .	183516 69	Nach nicht abgehobene Pol.-Ankaufswerte . . . . .	3149 74
Bare Kassabestand . . . . .	16165 80	Reserven . . . . .	2000 —
Inventar und Druckladen . . . . .	1	Sonstige Passiva . . . . .	352851 66
Kontokorrenten an versicherte Beamte . . . . .	322450	Gewinn . . . . .	771113 15
Sonstige Aktiva . . . . .	67897 93		
<b>Gesamtbetrag</b> 38962723 79		<b>Gesamtbetrag</b> 38962723 79	

Geschäftsberichte sind am Bureau der Bank zu haben, in Karlsruhe bei Herrn Subdirektor Karl Schick, Douglasstraße 8.

# Die Badische Treuhand-Gesellschaft

m. b. H.  
**in Karlsruhe**  
 Telephon Nr. 1526

Erbsprinzenstrasse 31, Eingang Ludwigplatz, besorgt

Periodische und ständige Revisionen kaufm. Unternehmungen, Prüfung von Inventuren und Bilanzen. Anlegung von Geschäftsbüchern nach eigenem, wesentlich vereinfachtem System. — Sanierungen. Arrangements. Liquidationen. Vermögensverwaltungen.

**Beleihung und Ankauf von Buchforderungen.**

Direktion: **Xaver Karth**, beedigter kaufm. Sachverständiger und Bücherrevisor beim Grossh. Oberlandesgericht und für den Landgerichtsbezirk Karlsruhe.

**Herren-Anzüge nach Mass**  
 in den neuesten Façons, aus modernen Stoffen, deutscher und englischer Fabrikate  
 Mk. 40.— bis Mk. 80.—  
 Anf Wunsch erfolgt Besuch mit Muster.

**Die Eleganz u. der Chick**  
 eines jeden Kleidungsstückes liegt in der inneren Verarbeitung desselben. Von dieser Erkenntnis ausgehend, lege ich hierauf besonderen Wert, lasse zu meinen Mass-Anzügen nur solide, haltbare Zutaten verwenden und auf Rosshaar verarbeiten.  
 Bei Berücksichtigung dieser Vorzüge und in Anbetracht der von mir gestellten äusserst mässigen Preise bin ich im Voraus überzeugt, dass Sie meinen Garberoben den Vorzug geben und fernerhin zu meinen ständigen Kunden zählen.

**Julius Löwe, Karlsruhe, 25 Werderplatz 25.**

**Handschuhe, Krawatten, Sommer-Schirme**  
 anerkannt vorzügliche Qualitäten, empfehlen  
**Ludwig Oehl**  
 Nachfolger  
 Karlsruhe  
 Kaiserstrasse 112.

**Fussballclub**  
 (Schwarz) **PHÖNIX** (Blau)  
 MEISTER, DEUTSCHLAND  
 Sportplatz links der Rheintalbahn entlang, Telefon 1338.  
 Freitag Lokal Palmengarten  
**Sonntag: I. Mannschaft in Leipzig.**  
 Vorrunde um die Deutsche Meisterschaft.  
 3 Uhr:  
**II. Mannschaft gegen F. C. Rastatt I.**  
 Eintritt 20 Pfg.  
 III. Mannschaft in Ettlingen.  
 Für die übrigen Mannschaften von 1 Uhr ab Training auf dem Sportplatz.  
 Voranzeige: Himmelfahrtstag/Maiausflug (Tagesstour). Näh. wird noch bek. geg.  
**Mandoline-Unterricht** gegen ganz mäßige Vergütung wird erteilt in d. Abendstunden.  
 Angebote unter Nr. 609 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**ROSE Parkett.**

**Bodenwische**  
 für Parkett, Linoleum, Gestrüchene Böden.

**Parkett-Seite**  
 Sport-Stein  
 hohes, eintrichiges und billiges Steinzeug  
 mittel leicht für die bunte  
 Kisten geben. Solide  
 Tisch für Stühle und  
 Ziermöbel.  
 Rein glanz! gebläht  
 stein! stein!  
 zu haben in den bünd.  
 Plätzen Karlsruhe  
 Gröschlstr.

Parlamentar. Verehrte Herren und Karlsruher, m. b. S. vorwärts Müller & Meisner, Mühlgraben 1

**Kathol. Mädchen,**  
 aus gutem Hause, aber vom Lande, kann sofort in seiner Familie neben der Frau das Kochen erlernen ohne gegenseitige Vergütung. Auch alle Arbeit mit-helfen, dafür Familienanschluss.  
 Angebote unter Nr. 625 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Saman Tee viel billiger als Kaffee**

# Gelegenheitskäufe

in

## Damen-Konfektion

Nur neue moderne Ware.

<p><b>Ein Posten</b>  <b>Damen-Paletots</b>          in nur besserer Verarbeitung in allen modernen Farben, hübsch garniert</p> <p><b>6<sup>75</sup></b> Mk.          12.75 9.50</p>	<p><b>Ein Posten</b>  <b>Damen-Paletots</b>          beste Verarbeitung, elegante graue u. Sportdessins, aparte Seiden- u. Stoff-Shawl-Revers</p> <p><b>12<sup>75</sup></b> Mk.          21.50 16.75</p>	<p><b>Ein Posten</b>  <b>Damen-Kostüme</b>          in grauen und blauen Modestoffen, elegante Verarbeitung, grösstenteils Jacke auf Seide</p> <p><b>29<sup>75</sup></b> Mk.          42.50 34.50</p>	<p><b>Ein Posten</b>  <b>Prinzeß-Röcke</b>          in allen Farben, reich bekurbelt u. soutachiert „Die Mode des Tages“</p> <p><b>16<sup>50</sup></b> Mk.          36.50 24.50 19.50</p>
--	--	---	---

Solange Vorrat!

# GESCHWISTER KNOPF.